

Tischmaterial

Zu Punkt 8.1 der Tagesordnung

Stadtrat Röttgers
Dezernent für Finanzen, Personal, Kultur,
Bürgerangelegenheiten und Ordnung

Kiel, 04.02.2013

Antwort auf die Kleine Anfrage

Drucksache 0084/2013 GEZ-Neuregelung

**Bürgerliches Mitglied Ralf Meinke (FDP-Ratsfraktion) vom 30.01.2013 zum
Finanzausschuss am 12.02.2013**

Die zur Sitzung des Finanzausschusses am 12.02.2013 gestellte Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1: In welcher Höhe musste die Landeshauptstadt Kiel bislang Rundfunkgebühren zahlen und wie hoch sind die Rundfunkgebühren nach der Neuregelung?

Antwort: Bislang belief sich die Höhe der Rundfunkbeiträge für die Landeshauptstadt Kiel jährlich auf ca. 18.700 Euro. Nach vorläufigen Berechnungen des Personal- und Organisationsamtes würden sich durch die Neuregelung Beiträge in Höhe von ca. 48.900 Euro jährlich ergeben.

Frage 2: Welchen bürokratischen Mehraufwand erwartet die Landeshauptstadt Kiel durch die Umsetzung des neuen Systems und den damit einhergehenden Neuberechnungen?

Antwort: Durch die Neuregelung ist die Erhebung von Betriebsstätten i.S.d. Staatsvertrags notwendig. Vorbehaltlich einer Abstimmung mit dem NDR hat die Stadtverwaltung über 200 Betriebsstätten. Pro Betriebsstätte ist die Anzahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten zu ermitteln. Zudem müssen die gemeinnützigen Einrichtungen benannt werden, für die ein ermäßigter Beitragssatz gilt. Außerdem ist eine Aufstellung aller Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung notwendig. Der Mehraufwand lässt sich aufgrund noch offener Fragen in der Umsetzung der Neuregelung derzeit nicht beziffern.

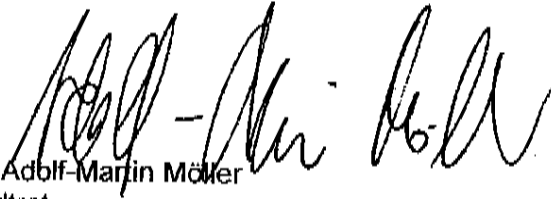
Frage 3: Erwägt die Verwaltung, gegen die Neuregelung der Rundfunkgebühr vorzugehen? Wenn ja, in welcher Weise? Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände hat sich bereits Mitte Januar an die Ministerpräsidentenkonferenz und die Rundfunkkommission der Bundesländer gewandt und die übermäßige Belastung der Kommunen kritisiert. Mittlerweile gibt es ein Gesprächsangebot des SWR, welches von den kommunalen Spitzenverbänden angenommen wurde. Eine Verhandlung der Neuregelung auf dieser Ebene sowie die Vertretung der Interessen der Kommunen durch die kommunalen Spitzenverbände werden seitens der

- 2 -

Stadtverwaltung begrüßt. Eine eigene Initiative wird daher als nicht notwendig angesehen.

Da die Bemessungsgrundlagen entsprechend der Neuregelung bislang noch nicht mit dem NDR abgestimmt wurden, zahlt die Stadt vorerst Rundfunkbeiträge auf dem Niveau von 2012.



I.V. Adolf-Martin Möller
Stadtrat